

„Man ist nicht qua Natur fremd, sondern wird als fremd wahrgenommen“

Aktuelle Perspektiven auf Xenophobie und Rechtspopulismus

Videokonferenz mit Wolfgang Müller-Funk, Anton Pelinka und Joachim Warmbold, eingeleitet von Susanne Teutsch

Susanne Teutsch: Als Ausgangspunkt für das Gespräch wurde von Wolfgang Müller-Funk Jelineks Theaterstück *Winterreise* (2011) vorgeschlagen, das sich grundsätzlich mit dem Fremden als Vertriebenem und Exkludiertem auseinandersetzt, den Wanderer archetypisch als einen systematisch Nicht-Integrierten darstellt und die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Strukturen analysiert und kritisiert. In *Am Königsweg* (2017) verursacht der Fremde als ungeliebter Nachbar, der abgeschoben und zurückgeschickt werden muss, vor allem Gewaltphantasien bei einem sich darüber konstituierenden wir und zieht am Beispiel des Wahlerfolgs Donald Trumps eine Verbindung zu gegenwärtigen rechtspopulistischen Tendenzen.

Wie würden Sie in einem ersten Schritt das Fremde definieren und in weiterer Folge mit den politischen Entwicklungen in einen Zusammenhang stellen?

Wolfgang Müller-Funk: Zunächst würde ich sagen, dass das Fremde keine Eigenschaft, sondern ein Zustand ist und es einen großen Unterschied macht, ob ich die Situation des Fremden aus dessen Perspektive darstelle, also von ihm aus fokalisieren oder ihn aus einer Außenperspektive wahrnehme, die systematisch nach der Aussage „Wir sind die Heimischen und da kommen die Fremden“, funktioniert. Das gilt auch für *Die Winterreise* von Schubert bzw. den Gedichtzyklus von Wilhelm Müller, die in Jelineks Theaterstück sehr kunstvoll und raffiniert überschrieben werden. Das Fremde wird dort nicht nur negativ gesehen, sondern bietet unter Umständen auch eine Chance. Der Mensch ist zwar traurig, melancholisch und hat seine Heimat verloren, aber er ist, wenn er Glück hat, auch ungebunden und frei.

Anton Pelinka: Der Fremde und das Fremdsein ist ein Konstrukt, denn man ist nicht qua Natur fremd, sondern wird als fremd wahrgenommen. Fremdsein ist zunächst Imaginierung und nichts Objektives. Es ist immer eine persönliche Frage, wen wir als fremd und nicht-fremd wahrnehmen. In diesem Sinne sind mir Politiker der Freiheitlichen Partei Österreichs fremder als Kollegen meines Faches an indischen Universitäten. Die subjektive Perspektive ist unvermeidlich und wir sollten daher den Begriff dekonstruieren. Natürlich ist es nicht willkürlich, wen wir als fremd empfinden und konstruieren, sondern hängt zusammen mit unterschiedlichen Faktoren wie Geographie, Tradition und Sozialisation. Ich kann nicht ver-

allgemeinern und sagen, dass meine Implikation, was ich als fremd empfinde, auch für alle anderen gilt. Der erste Zugang ist demnach für mich die Relativierung des Fremden und tendenzielle Dekonstruktion des Fremdseins.

Joachim Warmbold: Ich stimme Herrn Pelinka völlig in seiner Ansicht zu, dass das Fremde aus der Perspektive des Ankommenden oder des bereits Daseienden ein Konstrukt ist. In Israel werden verschiedene Formen der Fremdheit unterschieden, die sich mit den unterschiedlichen Einwanderungswellen über die Jahre ergeben haben. So gibt es „gute Einwanderer“, die man gerne akzeptiert und solche, die als weniger gut wahrgenommen werden. Ganz eklatant deutlich wurde das seinerzeit durch die große „russische Einwanderung“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Seitens der Religionsbehörden war ganz klar, dass viele der Einwanderer überhaupt keine Juden waren und eigentlich nicht das Recht hatten, einzuwandern, aber es galt trotzdem als eine gute Einwanderungswelle, da die Menschen als gebildet und mit einem kulturell europäischen bzw. russischen Hintergrund wahrgenommen wurden. Im Vergleich dazu war die „äthiopische Einwanderung“ für viele Israelis eine Katastrophe, da man sagte, dass die Menschen, weil sie Afrikaner waren, keinen Zugang zur westlichen Kultur hätten und ihre Fremdheit betont und negativ dargestellt wurde. Es gibt also das Phänomen, Fremde aufzunehmen, um sie zu Israelis zu machen, es wird jedoch sehr genau unterschieden, wer woher kommt und das beeinflusst über Generationen die Menschen in ihrer Wahrnehmung. In Deutschland hingegen sehe ich eine solch feine Differenzierung eigentlich nicht.

Wolfgang Müller-Funk: Das finde ich deswegen interessant, weil trotz einer vermeintlichen Gemeinsamkeit, nämlich einem jüdischen Hintergrund, kulturelle Heterogenität vorhanden ist. Was die Wahrnehmung muslimischer Immigranten in Österreich betrifft, würde ich schon sagen, dass zwischen der Herkunft unterschieden wird. Insbesondere Muslime aus Bosnien-Herzegowina werden durch die gemeinsame Geschichte des Österreichisch-Ungarischen Imperiums nicht so fremd wahrgenommen, wie es derzeit etwa bei Syrern der Fall ist. Fremdsein bedeutet auch, und das trifft sich wieder mit Jelineks Wanderer, dass man keine Beziehungen hat. Sobald sich ein Netzwerk entwickelt, verändert sich auch der Status.

Anton Pelinka: Was in Israel in dieser Hinsicht passiert, zeigt sich auch am Beispiel anderer Einwanderungsländer, wie etwa den USA, wo beispielsweise asiatische Einwanderer anders, nämlich schlechter, behandelt wurden als Einwanderer aus Europa. Aber das zeigt auch, dass man hier politisch etwas tun kann, nämlich, Gemeinsamkeiten betonen.

Wir erleben, dass das, was fremd bedeutet, gesellschaftlichem Wandel unterzogen ist. Der unterschiedliche Umgang mit Fremdheit hängt auch mit der Bildung zusammen. Ich würde

sagen, dass schließlich jene eher fremdenfeindlichkeitsanfällig sind, die Abstiegsängste haben und glauben, dass ihnen Globalisierung und Kosmopolitismus die Lebenschancen nehmen.

Wolfgang Müller-Funk: Ich würde hinzufügen, dass es, wie Herr Pelinka bereits angemerkt hat, keinesfalls so gewesen ist, dass alle Migranten, die nach Amerika kamen, wärmstens empfangen worden sind. Im New Yorker Stadtmuseum war beispielsweise letzten Oktober eine Ausstellung über Antimigrationsbewegungen, die sich nur für bestimmte Migration und gegen andere eingesetzt hätten. In diesem Sinne gibt es eine Alternative dazu, sich bestimmten Ängsten von Teilen der Bevölkerung anzuschließen, was ich als moderieren bezeichnen würde. An der Politik der letzten zwei Jahre habe ich den Versuch vermisst, zwischen verschiedenen Interessen einen Moderationsprozess in Gang zu setzen, der sich auch dessen bewusst ist, dass es nicht ganz einfach ist und eine gewisse Anstrengung dazu gehört, wenn man sich miteinander vertragen soll. Aber das wäre meiner Meinung nach die einzige Alternative was eine menschenrechtsorientierte Politik tun soll und kann. Das ist zäh, langfristig und setzt nicht auf schnelle Lösungen sondern auf Prozesse, die dafür sorgen, dass das Fremde wie das Heimische sich ändert und im Fluss bleibt.

Joachim Warmbold: Mir gefällt besonders, dass Herr Müller-Funk mit einer Lösungsidee kommt, wobei meine Frage ist, ob die Politik überhaupt ein Interesse daran hat zu vermitteln. Nutzt die Politik nicht ganz gezielt die Situation aus und verstärkt sie um ihren eigenen Interessen zu dienen?

Anton Pelinka: Interesse ist ein Schlüsselwort. Gerade bei Migrationsphänomenen gibt es einige unterschiedliche Interessenslagen. Beispielsweise haben Unternehmer – „profitorientierte Kapitalisten“, wenn Sie so wollen – ein Interesse an billiger Arbeitskraft. Daraus entsteht das Interesse Zuwanderung unter bestimmten Voraussetzungen zu fördern und auch Unterschiede in der Wahrnehmung auszunutzen. Beispielsweise wurden chinesische Zuwanderer beim amerikanischen Eisenbahnbau im 19. Jahrhundert schlechter bezahlt als europäische Zuwanderer.

Weiterhin gibt es das Interesse derjenigen der europäischen Zuwanderungsgesellschaft, die es gerade noch ins Boot geschafft haben, andere davon fernzuhalten. Dieses Interesse kreierte unterschiedliche Zugänge zur Konstruktion und Dekonstruktion von Fremden. Die Politik als solche gibt es ja nicht, es gibt Parteien. Wenn wir von einer unvollkommenen Demokratie als Rahmenbedingung ausgehen, haben die Parteien alle dasselbe Interesse, nämlich, die Wahlen zu gewinnen. Die einen nützen vorhandene Vorteile, wie etwa mit Abstiegsängsten verbundene Ängste sozial Schwacher aus und bestärken Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit. Andere haben wiederum das Interesse genau dagegen zu arbeiten. Wir hatten in Österreich das inte-

ressante Phänomen, dass Ende 2016 eine Plattform, die primär dazu bestimmt war einen freiheitlichen Präsidentschaftskandidaten zu verhindern, einen grünen Präsidenten in die Hofburg gebracht hat. Ein Jahr später hat eine Plattform, die sich rund um die Themen und die Partei der Freiheitlichen aufgestellt hat, die Grünen aus dem Parlament hinausgeworfen. Das heißt, es gibt Interessen, die, unterschiedlich interpretiert, in ein unterschiedliches Puzzle gebracht werden können. Im Zweifel können wir darüber glücklich sein, dass das primäre Interesse von Parteien in der unvollkommenen Demokratie der Wahlerfolg ist. Denn wenn dieses Interesse verschwindet, dann beginnt die Diktatur. So gibt es zwar einen Donald Trump als Symbol für die Konstruktion und negative Verstärkung von Fremdheit, aber auch einen Barack Obama als Symbol für Integration und der Auflösung von Fremdheit – beides ist möglich. In der Politik müssen wir mit solchen interessenbasierten Konsequenzen rechnen. Daher habe ich auch keine Hoffnung an die Politik zu appellieren, sondern, wenn, dann müssen wir uns in die unterschiedlichen politischen Schlachten hineinbegeben. Die Politik als solche kann nicht reagieren – es sind immer nur Kandidaten und Parteien, die jeweils anders reagieren.

Wolfgang Müller-Funk: Aber es gibt immerhin einen Rahmen von dem, was wir als Demokratie bezeichnen und dazu gehören zum Beispiel die Menschenrechte. Ich sehe meine Funktion als öffentlicher Intellektueller darin zu überlegen, wie man diesen Rahmen ungeachtet der von Ihnen beschriebenen Interessen stärken kann. Andererseits gab es auch sehr komische, praktisch-orientierte Koalitionen und auch die Position der Sozialdemokraten war nicht immer so eindeutig. Bei allen Vorbehalten gegenüber der jetzigen Regierung muss man sagen, dass viele der restriktiven Migrationsmaßnahmen bereits in der Regierung davor gesetzt worden sind. Das heißt, das Spannungsverhältnis, das ich sehe, ist jenes zwischen den Werten einer menschenrechtlich liberalen offenen Gesellschaft und Interessen, die so stark artikuliert werden können, dass sie tendenziell diesen Rahmen sprengen. Das nennen wir offenkundig Rechts oder einen Populismus, der nur Populismus ist, wie beispielsweise jener der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, die mit dem Hinweis, dass sie die Mehrheit seien, diesen Rahmen tendenziell aufheben. In diesem Sinne müsste man vermitteln, dass es nicht nur um die sogenannten Fremden, die Migranten geht, sondern um die Zukunft unserer eigenen Gesellschaft und damit um die Einhaltung und Entwicklung einer Zivilgesellschaft bzw. dass es auch Grenzen der eigenen Interessen gibt, wenn man den Rahmen dieser Zivilgesellschaft ernst nehmen will. Das meinte ich zuvor mit moderieren.

Anton Pelinka: Wenn wir uns die unterschiedlichen Strukturen der Wählerschaft Donald Trumps und Barack Obamas ansehen bzw. diejenige, die Alexander van der Bellen zum Sieg verholfen haben und diejenige, die die Freiheitliche Partei gewählt haben, hat der Faktor Bil-

dung alles entscheidend bestimmt. Höhere Bildung bewirkt die Freiheit – im Sinne von Ronald Ingleharts Konzept des Postmaterialismus – über die eigenen Ängste hinaus zu denken, die eigenen Abstiegsängste zu relativieren und in dem Sinn liberaler, also offener zu werden. Bildung ist der – offenbar entscheidende – Faktor, der 2008 Barack Obama, aber auch in umgekehrter Wirkung 2016 Donald Trump ins Weiße Haus gebracht hat. Bildung hat van der Bellen zum Sieg verholfen, aber auch die Abwesenheit von Bildung hat den Aufstieg der Freiheitlichen Partei in Österreich bestimmt.

Wolfgang Müller-Funk: So sieht es aus.

Joachim Warmbold: Bildung wird immer wieder als Garant für bessere Entscheidungen betont, aber wenn man sich die Parteien ansieht, beispielsweise die AfD, dann gibt es eine Reihe von PolitikerInnen, wie etwa Frau Storch und Frau Petry, die ganz bewusst ihre Bildung herauskehren. Viele Akademiker finden sich in diesen Personen wieder. Ich glaube nicht, dass die Bildung allein unbedingt bei der Wahlentscheidung oder politischen Einstellungen entscheidend ist. Die kann zwar helfen, aber ich denke, es gibt auch viele Menschen, die ein niedriges Bildungsniveau haben und gleichermaßen vernünftige politische Entscheidungen treffen.

Anton Pelinka: Mein Argument bezieht sich nicht auf die Akteure sondern auf die Wählerschaft. Natürlich ist Bildung ein Faktor unter anderen. Bildung muss natürlich in Kombination mit beispielsweise Religion oder Einkommen gesehen werden. Aber auch die Wählerschaft der AfD in Deutschland wird eindeutig mehrheitlich von unterdurchschnittlich gebildeten Menschen gestellt, noch dazu vor allem aus der ehemaligen DDR. Das ist zumindest die Mehrheit und natürlich nicht exklusiv zu betrachten. Die Begriffe links und rechts in Zusammenhang mit einer aus dem Marxismus kommenden Klassentypologie sind heute weitgehend überholt. Wenn man empirisch betrachtet, warum sich Menschen mit höherer Bildung eher für Barack Obama und Menschen ohne höhere Bildung eher für Donald Trump entscheiden, ist das ein Phänomen, das natürlich auch damit in Verbindung gebracht werden kann, dass sozial Schwache den Milliardär dafür bewundern, dass er Milliardär ist. Das mag zwar als Widerspruch betrachtet werden, solche Widersprüche existieren aber in Gesellschaft und Politik und sind Teil der Realität.

Wolfgang Müller-Funk: Ich möchte dem Kollegen zustimmen, dass es nicht automatisch sein muss, dass der Bereich von Bildung, wie Universitäten, Schulen und intellektuellen Medien, demokratisch besetzt ist. Deutschland in der Zwischenkriegszeit ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie viele konservative und reaktionäre akademische Mandarine es an deutschen Universitäten gegeben hat, die eminent versucht haben, alles rauszudrücken, was jüdisch,

liberal etc. war. In Ungarn ist als weiteres Beispiel die akademische und universitäre Landschaft vollkommen zersplittert, das weiß der Kollege Pelinka wahrscheinlich noch besser als ich. Es ist eine Tatsache, dass die rechten Studierendenverbände sehr stark sind und es viele reaktionäre Professoren gibt. Das ist kein Automatismus, das gibt es seit einem halben Jahrhundert und ist vielleicht auch eine Folge der Dinge, die man mit dem Jahr 1968 in Verbindung bringt. Damals ist es eindeutig in diese Richtung gegangen und seit dieser Zeit wählt das linke Bürgertum, so wie auch etwa in Italien, progressiver als die Arbeiterschaft. Tendenziell ist das bei uns auch so.

Anton Pelinka: Kein Widerspruch, sondern nur eine Anmerkung: Natürlich ist das Phänomen, das, was Ronald Inglehart den Postmaterialismus nennt, ein Phänomen wohlhabender Gesellschaften in Nordamerika, in Westeuropa und teilweise auch in Asien. Bereits in Osteuropa ist das anders und war auch in der Vergangenheit nicht so wie heute. In der Zwischenkriegszeit waren die österreichischen Universitäten ein Hort des Antisemitismus. Heute sind die österreichischen Universitäten eigentlich ein Hort des Anti-Antisemitismus. Die akademische Forschung und Lehre hat den Antisemitismus zum Thema höchstkritischer Auseinandersetzungen gemacht. Diejenigen, die sich am sogenannten Akademikerball treffen, repräsentieren 4-5% der Studentenschaft, vor 80 Jahren hätten sie 70% repräsentiert. Das heißt, dass dort eine Dynamik herrscht, aber selbstverständlich keine Automatik. Es kann sich umkehren, aber momentan gibt es in den westeuropäischen wohlhabenden Gesellschaften eine positive Korrelation zwischen einer Neigung zum aufgeklärten, weltoffenen, eben auch anti-rassistischen Denken mit höherer Bildung.

Wolfgang Müller-Funk: Das scheint auch die Achillesferse dieser Rechten zu sein. Vor ein paar Wochen habe ich einen Essay im *Standard* dazu geschrieben, dass die Identitären die neuen Medien verwenden, um gegen eine kulturelle Hegemonie dessen, was sie als pauschal links bezeichnen, anzukämpfen. Das finde ich eine sehr interessante Entwicklung. Vor allem in Deutschland gibt es die große Tradition, dass auch die Rechten intellektuell sein wollen und sich in diesem Zusammenhang auf die Formel der kulturellen Hegemonie nach Antonio Gramsci, um die es hier geht, beziehen. Im Augenblick sieht es so aus, als ob die liberale, linksliberale Hegemonie bislang die Dominante ist – das Stichwort „Anti-Antisemitismus“ gefällt mir in diesem Zusammenhang sehr gut, weil es ein klein wenig Ironie mit ins Spiel bringt. Aber mit der jetzigen Regierung wird das eine Herausforderung und, auch wenn ich mir das nicht wünsche, könnte das analytisch noch eine spannende Frage werden.

Susanne Teutsch: Ich möchte gerne noch einen weiteren entscheidenden Faktor bei den vergangenen Wahlen ansprechen, und zwar den des Geschlechts. Sowohl in Österreich als auch

in den USA waren es vor allem Männer, wenn nicht überhaupt junge, weiße Männer, bei denen die tendenziell rechtspopulistischen Parteien Zustimmung gefunden haben. Wenn man davon ausgeht, dass ein Großteil davon als „vergessene Arbeiterklasse“ zu den Verlierern der neoliberalen Entwicklungen von Globalisierung und Finanzkapitalismus gehören, für die gerade diese Politik steht, warum wählen sie diese dann?

Anton Pelinka: Sie haben vollkommen Recht, es sind die Abstiegsängste von Bevölkerungsgruppen, die ihren historisch gewachsenen Anspruch an Privilegien, nämlich männlich und weiß, einzubüßen wännen. Das ist eine Tatsache. Nur ich würde hier nicht den Kapitalismus bemühen, das führt meiner Meinung nach in eine Sackgasse des Denkens. Es sind die kapitalistischsten Länder, in denen die Frauenbewegung die größten Fortschritte gemacht hat. Es sind die wohlhabendsten Länder auf der Grundlage der Marktwirtschaft, in denen der Anteil der Frauen in Politik und auch zunehmend in Wirtschaft und Wissenschaft rasant gestiegen ist. Der Faktor Kapitalismus als Erklärungsfaktor scheint mir eher überholt zu sein.

Joachim Warmbold: Was Amerika angeht, stimmt das sicherlich. Vor der Folie von Israel, wo ebenfalls ganz stark rechts orientierte Parteien Zulauf haben und auch Likud, die Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, immer rechter wird, sehe ich, dass die Wählerschaft sicherlich nicht nur männlich, sondern auch weiblich ist. So sind auch in der Partei von Netanjahu viele Frauen in Top-Positionen vertreten, wie die Justizministerin Ajalet Schaked, die beispielsweise ultrarechts ist und von vielen Frauen für ihre Positionen absolut bewundert wird. Auch die Kulturministerin Miriam Regev vertritt sehr rechte Positionen und hat damit Erfolg. Andererseits gibt es auch Frauengruppierungen, wie die „Frauen in Schwarz“, die sich politisch gegen Gewalt und für Menschenrechte engagieren. Natürlich kann man Tendenzen und Strömungen erkennen, die aber ständig im Fluss sind und nicht festgemacht werden können. Auch in der außerparlamentarischen „Frieden Jetzt“-Bewegung Schalom Achschaw gab es früher mindestens 50% Frauen, aber die Bewegung selbst ist inzwischen sehr in den Hintergrund getreten und hat an Bedeutung verloren. In Folge dessen ist auch die Einflussnahme von Frauen gesunken.

Wolfgang Müller-Funk: Anschließend an Ihre Bemerkung über Likud würde ich sagen, dass es im Moment so aussieht, dass diese zweite schwarz-blaue Regierung noch weiter rechts steht als die erste schwarz-blaue Koalition 2000-2005. Auf der anderen Seite ist unübersehbar, dass zumindest die Volkspartei sich große Mühe gibt, sich zu modernisieren und so viele Ministerinnen wie Minister zu haben, obwohl die Partei, so wie sie im Moment aufgestellt ist, nach wie vor sehr konservativ ist. Vor allem in den kapitalistischen Ländern haben sich Frauen in den letzten Jahrzehnten Freiheitsrechte und Spielräume, auch in ökonomischer Hinsicht

erkämpft, wenn auch aus ihrer Sichtweise verständlicherweise noch nicht genug. Umgekehrt lösen sie bei ihrem Gegenüber Ängste aus, weil sie nicht mehr so sind, wie sie einmal waren und anders und fremd geworden sind. Das ist nicht nur bei den FPÖ wählenden weißen Männern in Österreich so, das ist zum Teil auch bei den immigrierten Männern so, die davor Angst haben, dass ihre Frauen den Freiheitsraum, den die österreichische Gesellschaft ermöglicht, nützen können und dadurch in neue Rollen finden. Ich habe einige immigrierte und geflüchtete Familien kennengelernt, bei denen sich die Frau ohne ihren Mann leichter integriert hätte und er sich plötzlich in einer doppelten Verlierer-Rolle gefühlt hat. Der progressive Anspruch, ob das migrantische oder einheimische Frauen betrifft, ist ein vollkommen berechtigter, aber man kann nicht alle Männer therapieren. Als Kulturwissenschaftler muss ich sagen, dass es bestimmte kulturelle Phänomene und Prozesse gibt, die sehr langsam laufen. Vieles, wie etwa die Verbreitung von Fast Food-Läden in Afrika, funktioniert sehr schnell, aber die Veränderung bestimmter Mentalitäten oder dem Habitus, wie das Pierre Bourdieu nennt, vollzieht sich langsam. Das kann einen schmerzen, ist aber vielleicht auch eine Hoffnung à la longue. Ich glaube, das Gute ist, dass diejenigen, die es gut mit der Demokratie meinen, eine Perspektive haben, während die anderen immer Abwehrspieler sind, die etwas verhindern wollen – fußballerisch gesprochen wollen sie nur den Strafraum freihalten und haben dazu keine Alternative. Das haben sie ein bisschen gemeinsam mit der demokratischen Linken, denn der Rechtspopulismus kommt vielleicht auch aus der Krise der demokratischen Linken, nicht nur in Deutschland, Österreich und Israel, sondern in ganz Europa und es wäre interessant, sich diesen Zusammenhang anzusehen. Den konservativen Parteien geht es zwar auch nicht gut, sie sind aber nicht im gleichen Ausmaß bedroht.

Anton Pelinka: Es gibt gegenwärtig große demographische Megatrends und einer davon ist, dass das, was wir einmal das Proletariat genannt haben, immer mehr an Quantität und qualitativer Definitionsmacht verliert. Wenn wir beobachten, dass der französische Front National schon seit Jahrzehnten die Arbeiterpartei Nummer Eins in Frankreich ist, so hat das bestimmte Ursachen, die mit diesem Abstieg des Proletariats zu tun haben – herausgefordert durch eine technologische Explosion, ungehemmten Welthandel und Globalisierung. So wie die Weber des frühen 19. Jahrhunderts ihre ökonomische Funktion durch die Industrialisierung der Textilindustrie verloren haben. Die Frage ist, und ich habe keine Antwort darauf, ob eine demokratische Linkspartei auf eine absteigende gesellschaftliche Gruppe setzen soll, die immer weniger Wahlen entscheiden wird. Oder ob eine demokratische Linkspartei nicht eher auf die gesellschaftlichen Gruppen setzen soll, die quantitativ im Aufstieg sind. Der Anteil derer, die in einem Land wie Österreich höhere Bildung haben, ist um ein vielfaches höher, als noch

vor zwei Generationen. Da gibt es Aufstieg und quantitative Explosion. Die Sozialdemokratie in Österreich und Westeuropa hat vielleicht den Übergang von der absterbenden Arbeiterklasse zur aufsteigenden Klasse der White-Collar-Beschäftigten und der in sozialen Nöten stehenden jungen Menschen mit höherer Bildung nicht geschafft. Ich würde sagen, dass sich die demokratischen Linksparteien auf die „Generation Prekariat“ konzentrieren sollen und nicht auf die Weber von heute. Das klassische Proletariat gibt es zwar noch und seine sozialen Nöte sind ernst zu nehmen, aber für eine langfristige Wählerstrategie scheint mit das zu wenig zukunftsträchtig zu sein.

Wolfgang Müller-Funk: Ich denke, dass die Wahl in Wien letztendlich doch noch einmal in Transdanubien, Simmering und Favoriten entschieden werden wird und nicht in den inneren grün-roten, manchmal auch ein bisschen schwarz angetupften Bezirken. Es ist meiner Meinung nach ein Mythos des Marxismus gewesen, zu glauben, dass eine Bevölkerung, eine Klasse, die unterdrückt und marginalisiert wird, besonders für Solidarität und Internationalismus geeignet ist. Es ist schließlich auch in der Monarchie nicht gelungen, die Sozialdemokratie als eine transnationale Bewegung zu erhalten und letztendlich ist sie in ihre nationalen Teile zerbrochen. Von diesem Mythos muss man sich verabschieden. Das Umkippen des Wählers des PCF zum Front National oder des Wählers der SPÖ zur FPÖ ist sozusagen strukturell vorgeprägt, denn warum sollte der Proletarier aus seiner unmittelbaren Lebenswelt heraus ein großes Interesse dafür haben, dass aus anderen Ländern Arbeitskräfte kommen – da kann man mit Marx gegen Marx argumentieren. Das ist eine Herausforderung für die Sozialdemokratie, an der sie sich zerspragelt. Auf der einen Seite möchte sie an diesem Rahmen festhalten und auf der anderen Seite hat sie eine Wählerschaft, die dauernd nach ganz rechts schießt, die sie auch irgendwie bedienen muss. Ein heutiger Parteichef einer demokratischen Linkspartei ist überhaupt nicht zu beneiden.

Anton Pelinka: Es gibt im kommunistischen Manifest den berühmten Satz „Proletarier aller Länder vereinigt Euch, Ihr habt nichts zu verlieren, als Eure Ketten“. Die Proletarier Westeuropas haben viel mehr als das zu verlieren: ein angespartes Eigenheim, ein Auto, eine Pensionsberechtigung – alles das haben sie zu verlieren. Und sie fürchten dies aus nachvollziehbaren Gründen wegen Globalisierung und Migration zu verlieren. Das heißt, die Proletarier sind heute weniger denn je, noch viel weniger als 1848, in der Lage wirkliche internationale Solidarität zu entwickeln. Nicht, weil sie zu dumm wären, sondern weil das nicht ihrer Interessenslage entspricht. Das bedeutet, wenn wir von Interesse und nicht von unserem aufgeklärten Denken – unserem Wunschdenken – ausgehen, müssen wir sagen, dass dieses westeuropäische Proletariat kein Leitfadens für die Zukunft ist. Davon sollten wir uns verabschieden.

Wolfgang Müller-Funk: Mit Moderation meinte ich vorhin, eine Moderation von Interessen. Das heißt, dass den Parteien, die traditionell linksdemokratisch sind, nichts anderes übrig bleibt, als zwischen diesen Interessen zu moderieren und zu sagen, dass man zwar die Xenophobie einiger potentieller Wähler furchtbar findet, aber dass deren Interessen bis zu einem gewissen Grad genauso legitim sind, wie die Interessen von anderen Menschen und dass man diese miteinander abwägen muss.

Anton Pelinka: Eine Partei ist keine Kirche, die Wahrheiten zu verkünden hat, eine Partei ist eine von Eigeninteresse getriebene Veranstaltung zur Gewinnung von Wahlen. Und eine Partei wird sich überall dort anpassen – opportunistisch anpassen – wo sie Stimmen gewinnen kann, um Wahlen zu gewinnen. Das Problem der demokratischen Linken ist nur, dass das sehr widersprüchlich und kontraproduktiv werden kann. Wenn man Stimmen auf der einen Seite nimmt, die aber Stimmen auf der anderen Seite abschrecken, könnte man dann zwischen zwei Stühlen übrig bleiben – und das ist ein Platz, wo man nur abstürzen kann.

Susanne Teutsch: Ist der gegenwärtige Trend des Rechtspopulismus nur eine Periode, die bald wieder ein Ende findet oder was denken Sie, wie sich diese Tendenzen auch in Hinblick auf Donald Trump in der Zukunft entwickeln?

Joachim Warmbold: Es gibt immer die Hoffnung auf Wechsel, aber man kann natürlich nicht nur dasitzen und warten, dass der Wechsel automatisch stattfindet und die Ergebnisse dann so sind, wie man sie sich persönlich vorstellt. Aber die Voraussicht, dass es im demokratischen Prozess wieder Wahlen gibt, die die Möglichkeit des Abwählens, des Anderswählens ergeben, ist natürlich immer ein Hoffnungsschimmer. Zumindest in all jenen Ländern, in denen diese Wahlen noch regelmäßig stattfinden und wo wirklich alle Parteien antreten können, denn es gibt auch genug Beispiele an Ländern, in denen der Auswahlprozess schon sehr limitiert ist.

Anton Pelinka: Es gibt einen Satz von Peter Turrini, der einmal über den schon längst verstorbenen Jörg Haider gesagt hat, er übertreibe. Und Donald Trump übertreibt. Das macht mich optimistisch, dass seine Präsidentschaft knappe vier Jahre halten und er dann nicht mehr im Weißen Haus sitzen wird. Bereits die Wahlen in Alabama haben einen Trend in diese Richtung gezeigt und auch nach allen derzeitigen Umfragen ist eine deutliche Mehrheit gegen ihn. Wir haben das Privileg, dass wir zwar Figuren wie Donald Trump nicht verhindern, aber abwählen können. Das ist der große Vorteil dieser unvollkommenen Demokratie gegenüber allen anderen Alternativen, die wir historisch erfahren haben. Letztlich ist jede Strategie – und hier ist Barack Obamas meisterhafte Strategie natürlich ein Vorbild – eine Rainbow-Strategie aus vielen Minderheiten, denn es gibt keine natürliche Mehrheit. Die einzige natürliche

Mehrheit wären die Frauen. So muss man aus Minderheiten Mehrheitskoalitionen zimmern. Das hat van der Bellen in die Hofburg gebracht und acht Jahre davor Barack Obama ins Weiße Haus. Und das wird die mühsame Aufgabe sein. Nach Max Weber ist das „das dicke Bohren harter Bretter“.

Wolfgang Müller-Funk: Ich möchte noch einmal Gramsci zitieren: „Pessimismus des Intellekts und Optimismus des Willens“. Ich bin sicher, dass die amerikanische Demokratie Trump überleben wird. Die Frage ist, wie stark die Rahmenwerke in den europäischen Ländern sind, solche Verrücktheiten zu überleben. Im Vergleich zur Zwischenkriegszeit – die Weimarer Republik und die erste österreichische Republik waren beispielsweise sehr fragil – ist nach drei Generationen heute doch ein starker Rahmen entstanden, den solche Parteien nicht einfach hinwegfegen können. Beim Fußballspiel beschwert man sich übrigens auch nicht, dass man das Match verloren hat, sondern man überlegt sich, was die Stärken des Gegners und die eigenen Schwächen waren. Die Schwächen dieser Rechtspopulisten scheinen mir an zwei Punkten zu liegen: Auf der einen Seite haben sie – Gott sei Dank – keine wirklichen pragmatischen Konzepte, diese Welt in ihrem Sinne zu ändern. Auf der anderen Seite mobilisieren sie massiv gegen das politische Establishment und das ist ganz interessant. Es gibt zwar auch antikapitalistische Sager bei den Rechtspopulisten aber im Gegensatz zu den ganz ganz Linken, die den Kapitalismus als klares Feindbild haben, haben sie das politische Establishment als Feind. Das ist in dem Augenblick ein Risiko, in dem sie selber in dem Establishment sind. Man kann dieses Problem schon jetzt nach zwei Monaten anhand der FPÖ studieren. Es gibt also durchaus autodestruktive Momente. Wir haben in Österreich schon einmal erlebt, dass die Partei, die mitregiert hat, plötzlich auf zehn Prozent heruntergefallen ist. Offenkundig hat das die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien noch nicht erreicht, obwohl sie eine vollkommen unfähige Bürgermeisterin haben. Diese Parteien haben ein gewisses Maß an Instabilität und wenn es den politischen Bewerbern gelingt in die Offensive zu gehen, fußballerisch gesprochen, und sie ein vernünftiges, überzeugendes Kompromissmodell entwickeln – ich weiß, das ist fad und ärgert sicher meine linken Studierenden, wenn ich mich jetzt so für den Kompromiss einsetze. Aber die Wahlen werden in fast allen westeuropäischen Demokratien in der Mitte gewonnen und was links davon ist, ist eine erfreuliche Würze. Die Mitte-Links Parteien in Österreich sind diesmal unterlegen und ich denke, dass sie sich neu aufstellen müssen. Das war auch die Stärke von Sebastian Kurz, ob einem das jetzt gefällt oder nicht, dass er gesagt hat, dass er diese ÖVP verändern möchte und bis jetzt hat er das auch ein Stück weit getan. Das scheint mir eine Einladung zu sein, dass die Linken und Grünen das auch tun und

dadurch wieder mehr Profil bekommen, offensiver werden und die anderen ein Stück in die Defensive drängen.